



**TTIP**

## **Der freie Welthandel der Zukunft**

oder: Was kostet die Welt beim Schlussverkauf und wer bleibt auf der Strecke?  
Red.: Martin Herndlhofer

## Inhaltsverzeichnis

- Einführung
- 1 Was ist, kurz gesagt, das Freihandelsabkommen TTIP?
  - 2 Worüber wird verhandelt, was sind die öffentlich erklärten Ziele?
  - 3 Wer verhandelt?
  - 4 Was verspricht uns die Bundesregierung bzw. die EU damit?
  - 5 Was ist nach allen Erfahrungen zu erwarten? Bisherige Abkommen.
  - 6 Probleme aus unserer Sicht
  - 7 Regeln und Schiedsverfahren
  - 8 Kritische Beobachtung und Bewegung
  - 9 Warum wollen die USA und die EU ein Freihandelsabkommen?
  - 10 Wie lässt sich das Ganze in der Globalisierung verorten?

Quellen

### Impressum

pax christi Bewegung – Deutsche Sektion e.V.  
Hedwigskirchgasse 3  
10117 Berlin  
T: 030.200 76 78-0 | F: 030.200 76 78-19  
Email: sekretariat@paxchristi.de

## Einführung

Ein Abkommen wird gerade ausgehandelt. Wieder eins. Sein Name: „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, abgekürzt TTIP (übersetzt: Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft). Der Handel zwischen den USA und der Europäischen Union soll liberalisiert werden: weniger Zollschränken, weniger sonstige Hindernisse. Das verspricht Investitionschancen, verbesserte Investitionsrechte und mehr Wohlstand, und, natürlich und immer dabei, mehr Arbeitsplätze. Und so weiter.

Das wird uns versprochen, das bildet den Vordergrund und die verordnete Sichtweise. Was ist nun der Hintergrund, wo ist das Problem? Darum geht es in diesem Themenblatt – im kurzen Überblick.

## 1. Was ist, kurz gesagt, das Freihandelsabkommen TTIP?

Erste Berichte über ein geplantes Freihandels-Abkommen zwischen der EU und den USA gab es bereits Anfang der 1990er Jahre. Aber erst im Februar 2013 hat US-Präsident Obama die Eröffnung von Sondierungsgesprächen bekannt gegeben.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen ist ein in der Verhandlungsphase befindliches Abkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen einer Vielzahl von Staaten Europas und Nordamerikas. Unter den Teilnehmerstaaten sind die USA und die Staaten der Europäischen Union. Daneben werden auch Kanada, Mexiko, die EFTA-Staaten Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island sowie die EU-Beitrittskandidaten (Mazedonien, Türkei u. a.) einbezogen.

Der Vertragstext des völkerrechtlichen Abkommens zwischen Kanada und der EU (CETA) liegt seit Sommer 2014 vor. Juristisch geht man aktuell davon aus, dass es sich um ein sogenanntes gemischtes Abkommen handelt, das sowohl vom EU-Parlament als auch von den gesetzgebenden Institutionen der Einzelstaaten verabschiedet werden muss.

Das Gebiet, für das die Verträge Gültigkeit hätten, wäre riesig: Es wäre eine Zone mit weit über 800 Mio. Menschen, die fast die Hälfte der weltweit erzeugten Güter und Dienstleistungen sowie gut ein Drittel der weltweiten Handelsströme umfasst.

## 2. Worüber wird verhandelt, was sind die öffentlich erklärten Ziele?

Ziel des TTIP ist es, sogenannte tarifäre Handelsbarrieren, also Zölle und Quoten etc. zu beseitigen: Zollsenkungen für Waren, Liberalisierung von Dienstleistungen und öffentlicher Beschaffung, das sogenannte Inländerprinzip.

Darüber hinaus sollen insbesondere die nicht-tarifären Handelshemmnisse auf ein Minimum reduziert werden. Das sind in erster Linie Vorschriften, die Unternehmen oder Investoren den Zugang zum jeweils anderen Markt erschweren können. Dabei sollen Harmonisierungen von technischen, sozialen und ökologischen Standards sowie die Abschaffung von Hemmnissen erreicht werden. Dies soll in Bereichen wie Qualifikationen, Aufenthaltsbestimmungen, Automobilindustrie, Rohstoffen und Energie, Kommunikationstechnologien, Finanzdienstleistungen, Gesundheitsbereich u.v.m. durchgesetzt werden. Das betrifft Investitionsschutz und Harmonisierungen von Standards (Gesundheit, Qualifikationen, Industrie, Lebensmittel, Finanzmärkte, ArbeitnehmerInnenrechte etc.).

Die Zollsenkungen sind dabei kaum von Bedeutung, da sie zwischen den beiden nordamerikanischen Staaten und den EU-Staaten bereits sehr niedrig sind. Nur in wenigen Branchen sind noch höhere Zölle zu finden (Landwirtschaft in der EU und wenige Industriegüter in den USA). Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt eindeutig auf den sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen.

### Handelshemmnisse und Investitionsschutz

Ein Beispiel sei hier erwähnt: Im Bereich öffentlicher Aufträge sollen ausländische und lokale Anbieter

gleichgestellt (Inländerprinzip) und entsprechende Barrieren reduziert werden. Das hieße, dass die Konkurrenz noch mehr zunähme und größere Player sich immer mehr bei der Auftragsvergabe in vielen Bereichen (Baugewerbe, öffentliche Beschaffung, Dienstleistungen etc.) durchsetzen würden. Problematisch ist hierbei zudem die unterschiedliche Arbeitsrechtsgrundlage, z.B. die gesetzlich verankerte Gewerkschaftsunterdrückung in den USA oder dass die meisten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von den USA nicht ratifiziert wurden.

### Drei Prinzipien

In vielen Bereichen sind zusammenfassend drei Prinzipien besonders wichtig und kritisch, die bei TTIP und CETA integriert werden sollen:

- **Negativlisten:** Alle Bereiche sollen aufgelistet werden, die nicht unter das Abkommen fallen. Bisher gab es ausschließlich Positivlisten, die festlegten, was genau zu integrieren sei. Das heißt, dass zunächst einmal alles liberalisiert und dereguliert wird und nur in wenigen Fällen Ausnahmen gemacht werden, die ggf. nur temporäre Gültigkeit haben.
- **Stillstandsregelungen:** Ein einmal erreichter Grad an Deregulierung/Liberalisierung darf nicht mehr rückgängig gemacht werden, sprich (soziale oder ökologische) Re-Regulierungen sollen auch rechtlich unmöglich gemacht, also ein Status Quo quasi verewigt werden.
- **Abkehr vom Vorsorgeprinzip:** In der EU soll wie in den USA zunächst alles zugelassen werden, was nicht unmittelbar als schädigend eingestuft wird, egal ob es dazu ausreichende Überprüfungen gibt oder nicht. In den Bereichen Genfood und Chemikalien ist diese Absicht, vom Vorsorgeprinzip Abstand zu nehmen, eindeutig erkennbar, was eine Art Umverteilung der Beweislast darstellt.

## 3. Wer verhandelt?

Welche Lobbygruppen Zugang und Einfluss haben ist undurchsichtig. Die EU-Kommission bestätigte, dass im Vorfeld der Verhandlungen 93 Prozent der Gespräche mit VertreterInnen von Großkonzernen und deren Lobbys stattfanden.

Hier erweist sich bereits das Mandat der Verhandlungskommission als problematisch. Der Inhalt dieses vom Europäischen Rat verliehenen, weitreichenden Verhandlungsmandats wird, ebenso wie die Inhalte der Verhandlungen, vor der Öffentlichkeit geheim gehalten.

Das ganze Verfahren entspricht nicht demokratischen Standards, gleichzeitig aber sollen die Vertragsinhalte des TTIP „auf allen Ebenen vollständig bindend“ sein, d.h. auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.

Auch die Tatsache, dass das Europäische Parlament das TTIP ratifizieren muss, kann dieses Demokratiedefizit nicht heilen. Ähnlich wie bei WTO-Verhandlungen kann dem Ergebnis nur als Gesamtpaket zugestimmt werden.

Damit hat auf die konkrete Ausgestaltung einzelner Regelungen auch das Europäische Parlament keinen Einfluss. Zudem wäre das TTIP, einmal abgeschlossen, praktisch nie wieder zu verändern. Weil dafür alle Vertragspartner zustimmen müssen, können die USA oder schon ein einziges EU-Land jede Änderung blockieren.

## 4. Was verspricht uns die Bundesregierung bzw. die EU damit?

Die Verhandlungsführer betonen vor allem die positiven Wirkungen eines solchen Abkommens auf Wachstum, Preise und Arbeitsplätze. Was ist davon zu halten?

### Die Studienmacher

Es gibt Studien dazu. Von der EU-Kommission wird die Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research werbewirksam verwendet, auch das Münchner ifo-Institut hat enorme Vorteile prognostiziert, die Bertelsmann-Stiftung hat ebenfalls eine Studie verfasst.

Da Wachstums- und Arbeitsplatzeffekte die einzige akzeptierte Begründung für die Bürger der USA und Europas sind, werden diese natürlich versprochen. So entsteht auch Bereitschaft, gegebenenfalls gewaltige Nachteile in Kauf zu nehmen.

Andere Gründe für den Handelspakt, wie die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder ein diffuses Zusammenwachsen einer westlichen Wertegemeinschaft, ist im gegenwärtigen Diskurs von völlig untergeordneter Bedeutung. Wenn Arbeitsmarkteffekte allerdings selbst in tendenziösen Studien marginal und gleichzeitig die Schwächen der Studien offensichtlich sind, dann muss auch noch etwas anderes hinter den Bestrebungen stecken.

Die Frage ist: Wurden die Studien den gewünschten Ergebnissen angepasst?

### **Wachstum und sinkende Preise**

Also: Das Abkommen TTIP, so die Prognose, könnte bis 2027 wegen sinkender Kosten unter anderem aufgrund wegfallender Prüf- und Genehmigungsverfahren oder Produktionsvorgaben (z.B. Verbot von Gentechnik) zu einem Wachstumszuwachs von 0,5 Prozent in der EU und 0,4 Prozent in den USA führen. Obwohl dies gerade einmal ein zusätzliches Wachstum pro Jahr von 0,034 Prozentpunkten für die EU und von 0,028 Prozentpunkten für USA darstellen würde, wird das TTIP zum kräftigen Konjunkturpaket hochstilisiert.

### **Steigende Einkommen in der Bevölkerung**

Von der EU-Kommission wird die Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research werbewirksam verwendet. Nebst einem zusätzlichen Wachstumsimpuls von 0,5 – 1 % nennt die Kommission gern die Prognose der Studie, dass durch einen Handelspakt zwischen der EU und den USA das verfügbare Einkommen eines durchschnittlichen 4-Personen-Haushalts in Europa um 545 Euro steigen könnte. Nicht erwähnt wird, dass es sich um das zusätzliche Einkommen im Jahr 2027 handeln soll. Auf 14 Jahre gerechnet bedeutet dies ein Plus von 3 Euro im Monat oder ein jährliches Lohnplus in Deutschland von ca. 1,5 Promille.

Meist tun sich Ökonomen schon schwer, Einkommenszuwächse für ein einzelnes Land für das nächste Jahr unter gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen auszurechnen. Im Falle der TTIP würde es sich aber um viele Länder und mehrere Jahre handeln.

Abgesehen davon: die Werte ergeben sich ausschließlich aus Modellrechnungen. Erfahrungen mit Freihandelsabkommen der Vergangenheit zeigen, dass das versprochene Ausmaß von Preissenkungen nie eingetreten ist.

### **Neue Arbeitsplätze**

Das Münchner ifo-Institut prognostiziert in einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für die USA 103.000 zusätzliche Arbeitsplätze, allerdings nur bei umfassender Liberalisierung und Harmonisierung der Märkte, was sehr unwahrscheinlich ist. Bei einer Liberalisierung, die so weit ginge wie im Durchschnitt anderer Freihandelszonen, würden 69.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – eine sehr verhaltene Prognose. Dies bedeutet bei aktuell 143 Millionen Erwerbstätigen in den USA auf 10 Jahre gerechnet einen Zuwachs der Beschäftigung um 0,05 Promille.

Für Deutschland könnte die Liberalisierung entsprechend einem durchschnittlichen Verhandlungsergebnis 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze bringen – auf eine Dekade verteilt ein jährliches Plus von ca. 0,06 Promille.

## **5. Was ist nach allen Erfahrungen zu erwarten? Bisherige Abkommen.**

Die Vorstellung, Freihandel sei an sich gut und werde für alle Wohlstand schaffen, ist nicht neu. Ein Blick auf die Nordatlantische Freihandelszone (NAFTA) ist interessant: Am 1. Januar 1994 trat das Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft. Wenn man sich die Entwicklung anschaut, hat sich zwar der Handel zwischen den Mitgliedern erhöht, aber die Folgen für die Menschen sind nicht positiv: So hat hochsubventionierter US-Mais zum Ruin vieler Kleinbauern in

Mexiko geführt, die dem Konkurrenzdruck nicht standhalten konnten. Die dort geschaffenen Arbeitsplätze wandern wieder ab, sobald sich ein neues Land anbietet, das noch geringere Lohnkosten in Aussicht stellt.

Statt neue Arbeitsplätze in den USA zu schaffen, vernichtete NAFTA nach Auskunft des Economic Policy Institute deren 700.000. Gewinner des NAFTA sind in erster Linie Investoren und Konzerne. Oder das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI): Zuletzt war in den 1990ern dieses Abkommen ein Versuch, ähnlich wie beim TTIP Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsanliegen durchzusetzen. Bereits vor fünfzehn Jahren versuchten Großunternehmen bei den Verhandlungen über dieses Abkommen ihre Macht heimlich still und leise in unvorstellbarem Maße auszuweiten. Damals scheiterte das Projekt am hartnäckigen Widerstand der Öffentlichkeit, vor allem von Aktivisten und NGOs und schließlich am Widerstand Frankreichs.

Damit wurde unter anderem verhindert, dass sich einzelne Konzerne denselben Rechtsstatus wie Nationalstaaten verschaffen konnten. Das hätte etwa bedeutet, dass Unternehmen eine Regierung verklagen können, „entgangene Gewinne“ aus Steuergeldern auszugleichen.

Jetzt aber kommen diese Pläne erneut auf den Tisch, und zwar in deutlich verschärfter Fassung. Weil die global operierenden US-Konzerne ein ähnliches Partnerschaftsabkommen für den pazifischen Raum (Trans-Pacific Partnership oder TPP) anstreben, würden wir auf ein System zusteuern, das die Herrschaft der mächtigsten Kapitalgruppen über den Großteil der Welt zementiert und juristisch absichert. Denn auch andere Staaten wären gezwungen, bei der TTIP oder der TPP anzudocken. Die wirtschaftlich Mächtigeren, insbesondere exportorientierte Unternehmen, ziehen in der Regel den größten Vorteil aus einem weitgehend unregulierten Handel. Deshalb unterstützen vor allem sie und ihre Verbände den Abbau sogenannter Handelsschranken. Unternehmen auf dem Binnenmarkt geraten durch die verstärkten Importe unter Druck.

TTIP ist auch ein Weg, um eine Regulierung der Finanzmärkte zu verhindern und gegebenenfalls bisher Erreichtes rückgängig machen. Die nach der Finanzkrise vorsichtig begonnenen Versuche, den Finanzmarkt zu regulieren, könnten von TTIP zunichte gemacht werden. Anders als bei den Arbeits- und Verbraucherstandards ist das Niveau der Finanzmarktregulierung in den USA allerdings höher als in der EU. Noch ist nicht klar in welchem Rahmen die Finanzmärkte in den Vertrag eingebunden werden.

## 6. Probleme aus unserer Sicht

Die Praxis, dass hier im Geheimen verhandelt wird, zeigt bereits, dass es nicht um Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung geht, wie oft behauptet, und schon gar nicht um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, um Produktstandards oder gar Synergieeffekte, die unsere Gesellschaft fit für die zentralen Probleme des 21. Jahrhunderts machen könnte (wie die Schaffung einer Kreislaufwirtschaft, einer friedlichen Welt, einer Begrenzung des Treibhauseffekts, einem Schutz der Privatsphäre, etc...). Würden sich Vertreter verschiedener Staaten oder Staatenbünde konstruktiv über eine Verbesserung ihrer ökonomischen Struktur unterhalten, wären Geheimverhandlungen völlig unnötig.

### **Transatlantisches Lohn- und Sozialdumping?**

Hinsichtlich der Auswirkungen des TTIP auf Löhne und Sozialstaat ist alarmierend, dass die USA bisher nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert haben. In den USA ist deshalb die Vereinigungs- und Kollektivverhandlungsfreiheit teilweise beträchtlich eingeschränkt. In Deutschland sind Arbeiter aus Osteuropa schon jetzt in großer Zahl zu Billiglöhnen und unter miserablen sozialen Bedingungen „beschäftigt“, u.a. in deutschen Schlachthöfen. Die niedrigeren Standards einiger Länder werden schon jetzt ausgenutzt. Lohndumping ist die Folge, Steuerflucht und die Aushöhlung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten.

Mit TTIP wäre das der legalisierte Normalfall.

### **Umwelt-, Verbraucher-, Klimaschutz**

Amerikanischen und europäischen Lobbyisten sind die europäischen Vorschriften zum Umwelt-, Verbraucher- und Klimaschutz ein Dorn im Auge. Nicht nur die europäischen Nachhaltigkeitsstandards bei Biokraftstoffen, auch die angeblich zu langsame Zulassung und Kennzeichnung von Gentechnik-

Lebensmitteln, die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURONorm für Auto-Emissionswerte laufen den US-Exportinteressen zuwider.

Die EU verbietet dagegen die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere. Im Unterschied zu den USA müssen hierzulande Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Pflanzen enthalten, gekennzeichnet sein.

Wie das Unternehmerdenken menschliche Bedürfnisse auf marktfähige Produkte und Dienstleistungen reduziert, wird an dem geplanten Handelspakt deutlich: Progressive Errungenschaften (obwohl vom Unternehmerlobbyismus weichgespült) wie Kennzeichnungspflichten oder die Chemikalienrichtlinie REACH, enden auf dem Misthaufen der „nichttarifären Handelshemmnisse“. Kulturelle Unterschiede, Bürgerrechte, ja, Menschenrechte, Verbraucherschutz, Umwelt- und Sozialgesetzgebung stören.

### **Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge**

Die weitgehende Liberalisierung und Privatisierung von gesellschaftlich notwendigen Gütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit stellt schon lange ein besonderes Interesse vieler privatwirtschaftlicher Dienstleistungsanbieter dar. Im Zuge des TTIP könnte es daher auf Druck solcher Unternehmen zu Regelungen kommen, die Privatisierungen forcieren. Die profitorientierte Vermarktung z.B. von Bildung und Gesundheit birgt die Gefahr von Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und einer Ausgrenzung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen.

Ähnlich stellt sich das Problem im Hinblick auf die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens dar. Wenn ausländische Firmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen völlig gleichbehandelt werden müssen, sind Bund, Länder und Kommunen kaum mehr in der Lage lokale Wirtschaften anzukurbeln oder bestimmte Wirtschaftszweige gezielt zu unterstützen. Auch könnten Entscheidungen von Kommunen bestimmte öffentliche Dienstleistungen in eigener Regie anzubieten, von privaten Unternehmen zum Gegenstand von Schiedsgerichtsverfahren gemacht und so möglicherweise vereitelt werden. Damit besteht die Gefahr, dass dann die Deckung öffentlicher Bedarfe angesichts privater Profitinteressen nicht mehr gewährleistet ist.

## **7. Regeln und Schiedsverfahren**

Neben der regulatorischen Zusammenarbeit, die eine Art Frühwarnsystem für etwaig unliebsame Gesetze darstellt, sind vor allem die möglichen Schiedsgerichtsverfahren (ISDS = Investor-state dispute settlement) höchst umstritten. Dies sind Klagemöglichkeiten von Unternehmen gegenüber Staaten. Private Schiedsgerichte würden über nationalstaatliche Gerichtsbarkeit hinweg gehen. Sie würden angerufen werden, wenn zwei Vertragspartner in einen Konflikt geraten. Diese Gerichte sind vor allem mit Anwälten von global agierenden Wirtschaftskanzleien besetzt, die sowohl Anwalt eines Unternehmens als auch Richter sein können. Die Verhandlungen finden zudem nicht öffentlich statt und es gäbe kein Revisionsrecht.

Solche Klagemöglichkeiten gibt es bereits, die meisten werden bisher über das ICSID (International Centre for Settlement and Investment Disputes), das bei der Weltbank angesiedelt ist, ausgetragen. Aktuelle Fälle gibt es hundertfach, wobei die Klagen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben: Ob Vattenfall gegen Deutschland wegen der Schließung von Kraftwerken oder Philipp Morris gegen Uruguay wegen zu starkem NichtraucherInnenenschutz; weltweit gibt es weit über 500 solcher Streitfälle.

Ob die Schiedsgerichtsverfahren nun tatsächlich in den TTIP-Vertrag Eingang finden, steht zurzeit noch in den Sternen, bei CETA sind sie allerdings integriert, was US-Unternehmen die Möglichkeit gäbe, über ihre kanadischen Tochterunternehmen Klagen einzureichen. Dies spricht eher dafür, dass europäische Unternehmen darauf drängen, dass ihnen die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen und ISDS auch bei TTIP Einzug hält.

Es bestehen weltweit bereits über 3000 bilaterale Investitionsabkommen. Die in den Abkommen festgelegten Schutzrechte für Investoren sind fast immer so vage gehalten, dass diese letztlich gegen

fast alle demokratisch getroffenen Entscheidungen klagen können – das zeigen Fälle, die sich unter den bestehenden Investitionsabkommen abgespielt haben. Vattenfall klagt momentan gegen Deutschland auf Entschädigungszahlungen über eine Höhe von mehr als einer Milliarde Euro wegen der Entscheidung für den Atomausstieg, die von einer breiten parlamentarischen und gesellschaftlichen Mehrheit getragen wurde.

Stand Ende Mai 2015: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel will TTIP retten, indem er anstelle von privaten Schiedsgerichten einen Handelsgerichtshof einsetzen will. „Zwischen entwickelten Rechtssystemen wie Kanada und EU braucht man keinen völkerrechtlichen Investitionsschutz“, zitierte Gabriel aus der Erklärung. „Jedenfalls müssen die Bestimmungen aus deutscher Sicht an wichtigen Stellen nachgebessert werden. Das Kapitel ‚Investitionsschutz‘ ist in der vorliegenden Fassung der EU für Deutschland nicht zustimmungsfähig.“ (FR 6. Mai 2015)

Der Handelsausschuss des Europaparlaments stimmte am 28. Mai über eine Resolution ab. Darin wird der Investitionsschutz für Konzerne auch weiterhin akzeptiert. Auch soll es ein Klagerecht bei entgangenen Gewinnen geben. Zu strittigen Fragen werden Kompromisslinien vorgeschlagen:

- Bei den Schiedsgerichten soll die Idee von Handelsgerichten aufgenommen werden;
- Bei der Daseinsvorsorge sollen z.B. die Autonomie von Stadtwerken geschützt werden;
- Bei der Regulierung war an ein parlamentarisches Kontrollgremium gedacht, herausgekommen ist schließlich, weichgespült, eine „parlamentarische Begleitung“.

Die Resolution ist allerdings für die TTIP-Verhandler nicht bindend. Die bedeutet auch nicht, dass eine endgültige Entscheidung des Parlaments zum TTIP Abkommen stattfinden wird. Sie ist lediglich eine Momentaufnahme der politischen Machtverhältnisse im EU-Parlament, in der bestimmte "rote Linien" und deren "Beweglichkeit" sichtbar werden.

Zurzeit schätzen viele Befürworter von TTIP die Entwicklung allerdings auch so ein, dass gar nicht so sehr die Schiedsgerichte das größte Problem seien, sondern die sehr divergierenden Erwartungen verschiedener Interessensgruppen auf beiden Seiten, wie z.B. der europäischen Bauernverbände oder einer Reihe von US-Bundesstaaten.

## 8. Kritische Beobachtung und Bewegung

Wir, die sozialen Bewegungen, müssen weiter kritisch beobachten, was aus diesem Vorhaben wird und ob nicht irgendwann durch gewollte Hintertürchen eine scheinbar sinnvolle Regelung ausgehebelt werden könnte.

Unser langfristiges Ziel muss allerdings sein: Im Zusammenhang mit demokratisch getroffenen Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit in Sachen z.B. Bildung, Umwelt, Gesundheitsvorsorge und so weiter muss es irgendwann völlig indiskutabel sein – je, es muss als nachgerade lächerliche und anmaßende Vorstellung gesehen werden - dass Konzerne als Folge derartiger politischer Entscheidungen überhaupt so etwas wie ein Recht auf entgangene private Profite einklagen könnten – egal ob in einem versteckten, intransparenten Verfahren oder ganz offen nach gängigen rechtsstaatlichen Prozeduren.

Es gibt ein zu schützendes Menschenrecht auf Gesundheit, Bildung, auf eine intakte Umwelt oder auf ausreichende Mittel für den Lebensunterhalt etc. Es gibt kein Grundrecht („Menschen“-Recht ohnehin nicht) auf Profit. Die Tatsache, dass das überhaupt ein ernst zu nehmender Streitgegenstand geworden ist (und dass das offensichtlich überhaupt niemandem mehr sonderlich auffällt), weist darauf hin, dass Grundbedingungen selbst bürgerlich-demokratischer Gesellschaftsordnungen mittlerweile auf den Kopf gestellt wurden. Die Vorstellungswelt der Menschen ist aufgrund massiver und ununterbrochener Bearbeitung durch Sichtweisenhersteller einer Gehirnwäsche ausgesetzt – bis das politisch Gewollte dann so geglaubt wird, als handle es sich dabei um ein Naturgesetz.

„Der Staat“ schließlich ist – entgegen seiner offiziell deklamierten Aufgabe - eine treibende Kraft bei dieser Prozedur. Würden Wahlen an dieser Funktion irgendetwas substantiell ändern, würden sie zwar erlaubt, aber ihr Ergebnis „verboten“ oder, im Extremfall, zum Scheitern gebracht. Syriza lässt grüßen. Ein eigener und eigenständiger politischer Weg ist in dieser Inszenierung nicht vorgesehen.



## 9. Warum wollen die USA und die EU ein Freihandelsabkommen?

Der Hintergrund sind veränderte Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt: China und andere Schwellenländer gewinnen, EU und USA verlieren an Bedeutung. Insgesamt ist der Welthandel in den Jahren 2001 bis 2012 um 78 Prozent gewachsen, pro Jahr um durchschnittlich 5,4 Prozent. Ihren Weltmarktanteil steigern konnten allerdings nur die Länder Süd- und Ostasiens - von gut einem Drittel auf mehr als die Hälfte. Der Weltmarktanteil Chinas allein beträgt inzwischen rund 15 Prozent. (IMK Report 83, Juni 2013). Diese verloren gegangenen Anteile und damit verbundenen Profite wollen EU und USA zurückerobern.

TTIP ist der Versuch des westlichen Machtblocks, sich neu zu formieren und sich gegen die Rivalen der aufstrebenden Schwellenländer (bes. Russland und China) als ‚Handels-NATO‘ zu positionieren. Dabei sollen die TTIP-Normen auch bei Handelsverträgen mit Nicht-TTIP-Staaten gelten. Laut dem ehemaligen Ex-EU-Handelskommissar De Gucht sei das Ziel der EU „die Sicherung der gemeinsamen transatlantischen Führungsposition bei der Entwicklung globaler Normen und Standards“. Das heißt, dass die festgesetzten Normen ein politisches Druckmittel wären und als Grundlage für weitere Verträge eine Art ‚Wirtschaftsverfassung des globalen Nordens‘ darstellen würden. Eine Anpassung an diese Normen würde zu noch stärkerem Druck auf Sozial- und Umweltstandards führen.

Zudem soll die transatlantische Energiekooperation (Erdgas) zur Reduzierung der Abhängigkeit der EU von Russland als Teil der geopolitischen Strategie hinter TTIP vorangetrieben werden, was allerdings auf tönernen Füßen steht, da die kostenaufwändige Förderung unkonventioneller fossiler Energieträger (z.B. Fracking) immer unrentabler wird.

Schließlich soll auch die Rüstungskoooperation zu einer noch stärkeren militärischen Kooperation über den Atlantik hinweg vertieft werden und einen europäischen Rüstungsschub bewirken. „Die europäischen Rüstungskonzerne würden durch die US-Konkurrenz gezwungen, Überkapazitäten abzubauen, sich zusammenzuschließen und so im Ergebnis effizienter zu werden. Dies wiederum würde den Weg für eine engere Verflechtung der Rüstungsindustrien der EU und der USA ebnen und so die Erarbeitung gemeinsamer Strategien erleichtern. (...) (I)m TTIP sei zwar der Rüstungssektor explizit ausgeklammert. Die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Gütern seien aber fließend, denn auch für den Bereich der Rüstung sei die zivile Zuarbeit unverzichtbar. Außerdem erlaube der Begriff ‚dual-use‘, dass Rüstungsgüter relativ leicht als zivile Güter deklariert werden und somit unter das TTIP fallen könnten. So könnte TTIP trotz des Ausschlusses des Rüstungssektors dennoch militärstrategisch genutzt werden.“

## 10. Wie lässt sich das Ganze in der Globalisierung verorten?

*(entnommen aus:“ TTIP & Co oder: Ein letztes Pfeifen aus dem krisenhaften Verwertungswalde. Eine kurze kapitalismuskritische Einordnung aktueller Investitions- und Freihandelsabkommen“, von Dominic Kloos)*

In vielen Stellungnahmen wird das Verhalten der Konzerne kritisiert, die „ungehemmt“ ihre Profitinteressen verfolgen. Die Politik dürfe sich dem nicht beugen, sonst sei die Demokratie in Gefahr. Eine solche Sichtweise greift aber zu kurz, ja sie ist gewollt verdummend. Konzerne agieren nicht aus bösem Willen so, wie sie das tun, sie müssen ihre Profitinteressen in der Konkurrenz gegeneinander durchsetzen. Ihnen „ungehemmte Profitinteressen“ vorzuwerfen ist genauso bescheuert, wie z.B. Sebastian Vettel übermäßiges Gewinnstreben bei der Formel eins zu bescheinigen. Das Problem sind nicht die Spieler, die das betreiben, es ist das Spiel selbst, es ist seine Logik.

Wenn sie dem Konkurrenz- und Wachstumszwang, der wesentlich zum Kapitalismus gehört, nicht folgen wollen, werden sie auf Dauer mit dem Untergang bestraft. Die bestimmende Logik, aus Geld mehr Geld bzw. aus Wert Mehr-Wert zu machen, ist gerade die dem Kapitalismus eigene irrationale und zerstörerische Logik. Zu kritisieren ist gerade diese Logik des Systems, das immer offensichtlicher an seine Grenzen stößt.

Aktuell befindet sich der kapitalistische Prozess offenbar in einer nicht aufzulösenden Krise. Alle Krisenphänomene, die in den letzten Jahrzehnten auftraten – von Finanz- und Schuldenkrisen bis hin zu Kriegen, zerfallenden Staaten, Umweltkrisen und Flüchtlingsdramen, sowie der Verarbeitung all dieser Phänomene durch ganz unterschiedliche, oft menschenverachtende Ideologien – zeigen, dass der Prozess der Verwertung von Kapital an seine innere logische und seine äußere ökologische Grenze stößt.

Durch gesättigte Märkte, Regulierungen (technischer, sozialer und ökologischer Art) und die Abnahme von Arbeit in vielen Produktionsbereichen wegen technologischen Fortschritts, wird Verwertung immer schwieriger. Neue Orte für Investoren sind die Finanzmärkte, deren Blasen mit verheerenden Folgen platzen, und sie werden durch die Privatisierung von Bereichen geöffnet, die bisher von der Verwertung ausgenommen waren, wie Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Lebensmittelproduktion, etc.

Wenn in einer Region die Verwertung an Grenzen stößt und in Einzelstaaten oder transnationalen Verbänden wie der EU Deregulierungen nicht durchsetzbar oder nicht gewinnbringend genug sind, liegt eine geografische Erweiterung als Lösungsversuch nahe.

Und damit sind wir bei CETA und TTIP: So gibt es verschiedene Branchen, die entweder den Unternehmen in der EU und den USA/Kanada oder eben nur den Unternehmen in einer der Regionen zusätzliche Verwertungspotentiale bringen könnten. Unternehmen beiderseits des Atlantiks aus dem Agrobusiness und der Chemieindustrie, dem Finanzsektor und der Automobilbranche würden wohl von Liberalisierungen, Deregulierungen und der Gleichsetzung verschiedenster Standards profitieren. „Die Systemkrise des Kapitalismus auf beiden Seiten des Atlantiks (soll) durch einen weiteren Liberalisierungsschub zumindest (...) (verzögert werden). ... Auf größerer, transatlantischer Ebene soll ein ähnlicher Prozess angestoßen werden, wie er im Rahmen der Gründung und Expansion der Europäischen Union ablief – und Europa bis zum (immer noch andauernden) Krisenausbruch ein knappes Jahrzehnt kreditfinanzierten Wachstums bescherte.“

Warum aber betreiben die Regierungen aktiv diese Abkommen, wenn vorhersehbar ist, dass sie für die meisten Menschen – weltweit – Verschlechterungen bringen?

Staat und Politik sind Teil des Problems, denn sie sind keine Gegeninstanz zum kapitalistischen Verwertungsprozess. Kapitalismus ist nicht nur ein Wirtschafts-, sondern ein umfassendes Gesellschaftssystem. Der moderne Staat ist erst mit der Entwicklung des Kapitalismus entstanden bzw. stand sogar am Anfang der kapitalistischen Entwicklung. Der Staat ist abhängig vom Verwertungsprozess und den Steuern, die er eintreiben kann. Daher müssen die Staaten dafür sorgen, dass die Verwertung von Kapital gelingt. Er agiert als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ (Friedrich Engels), der für die Reproduktion des Gesamtsystems zuständig ist. Und wenn dazu Abkommen wie TTIP, CETA und TiSA und damit einhergehend rechtliche Garantien, die vor allem den Unternehmen und damit der Verwertung zugutekommen, notwendig erscheinen, dann wird dies auch umgesetzt – was auch immer dies für die Menschen und ihre Bedürfnisse bedeutet.

In diesem Rahmen ist es geradezu die Aufgabe der Staaten, den Akkumulationsprozess von Kapital abzusichern, solange es eben geht. In der Krise heißt dies, vor allem Verwertungsstandorte und Verwertungsräume zu stärken – ggf. auch im Verbund mit anderen, in diesem Falle mit den westlichen Verbündeten, um den alteingesessenen Machtblock gegen ‚Emporkömmlinge‘ zu verteidigen. Dies muss auch militärisch abgesichert werden, und das wird an den geopolitischen Interessen im Zusammenhang mit TTIP deutlich.

## Quellen

- [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen)
- Campact Aufruf: TTIP: Verkauft nicht unsere Zukunft! Daher fordere ich: Beenden Sie die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen! <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/>
- Freihandelsabkommen TTIP: Wie Unternehmen stärker als Staaten werden von Bruno Kramm.  
<https://www.piratenpartei.de/2013/11/19/freihandelsabkommen-ttip-wie-unternehmen-staerker-als-staaten-werden/>
- Freihandelsabkommen EU-USA - Konzerne profitieren, Menschen verlieren! (attac)  
<http://www.attac-netzwerk.de/ag-welthandelwto/eu-usa-freihandelsabkommen/>
- TTIP & Co oder: Ein letztes Pfeifen aus dem krisenhaften Verwertungswalde. Eine kurze kapitalismuskritische Einordnung aktueller Investitions- und Freihandelsabkommen, von Dominic Kloos
- TAFTA Freihandelsabkommen, <http://commons.wikimedia.org/wiki/File:TAFTA.png>
- Joseph E. Stiglitz, Die Freihandelsfarce, NEW YORK, 4.7.2013 (in: „Sand im Getriebe“ 106), <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/sig-archiv/>.
- Angriff auf Löhne, Soziales und Umwelt. Was steckt hinter dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP? Dez. 2013, Ver.di, <https://ver-und-entsorgung.verdi.de/++file++52ca93156f68441cef000000/download/Info%20TTIP.pdf>
- Lori Wallach, TAFTA - die große Unterwerfung, Le Monde diplomatique Nr. 10255 vom 8.11.2013,
- Werner Rügemeier: TTIP – ein Instrument gegen elementare Arbeitsrechte, <http://sandimgetriebe.attac.at/10719.html>
- FREIHANDELSABKOMMEN, Die Gefahr der Schattengerichte, Von [PETER RIESBECK](#)  
<http://www.fr-online.de/wirtschaft/freihandelsabkommen-die-gefahr-der-schattengerichte,1472780,25664986.html>
- Konicz, T. (2015): Mit TTIP zurück in die imperiale Vergangenheit. Ein Überblick über die geopolitischen Implikationen des transatlantischen Freihandelsabkommens, <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43707/1.html>
- TiSA: Das geht genau in die falsche Richtung. *Die Verhandlungen für ein neues multilaterales Dienstleistungsabkommen*, Sand im Getriebe Nr.106
- Widerstand gegen das Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) Sand im Getriebe Nr.106